

## Bedenkliche Pläne der Kohlenbarone.

Seit einigen Tagen verlautet, daß die oberschlesischen Kohlenpreise erhöht werden sollen. Eine „Kommission“, über deren nähere Zusammensetzung keine Meldung vorliegt, soll sich bereits mit der Frage beschäftigen, wann und in welchem Umfang eine derartige Preiserhöhung in Kraft treten soll. In der am 30. Oktober abgehaltenen Jahresversammlung der oberschlesischen Kohlenkonvention wurde festgestellt, daß die Nachfrage außerordentlich groß ist und die weitere, erhebliche Steigerung des Absatzes nur durch unregelmäßige Wagenbeistellung verhindert werde. Unter den derzeitigen Verhältnissen, die zu verbessern die Eisenbahnverwaltung bemüht ist, hatte gleichwohl die Versandziffer in der zweiten Hälfte Oktober so zugenommen, daß bereits 76 Prozent der vorjährigen Verladung erreicht werden konnten gegen 62 Prozent im Anfang Oktober. Die Besserung im Versand ging im oberschlesischen Industriebezirk den anderen Revieren voraus, denn im Ruhrbezirk waren diese Vergleichsziffern 68 Prozent gegen 71 Prozent (hier ist also eine Verschlechterung eingetreten), im Saarbezirk 51 Prozent gegen 50 Prozent, in Niederschlesien 82 Prozent gegen 81 Prozent. Die Versandbeteiligung ist folgende: Ruhrbezirk 64 Prozent, Oberschlesien 26 Prozent, Saarbezirk 7 Prozent und Niederschlesien 3 Prozent.

Zu der Verteuerung der oberschlesischen Kohle, die auch unsere Abnehmer der Hausbrandkohle empfindlich treffen würde, liegt nicht die geringste Ursache vor. Die Grubenbesitzer selbst haben in der Jahresversammlung der oberschlesischen Kohlenkonvention keinen stichhaltigen Grund für eine solche in der Kriegszeit um so unverwieslichere Maßnahme anzugeben gewußt. Nur die starke Nachfrage reizt die Profitgier der in der Konvention kartellierten Grubenbesitzer, und darum sollen die Konsumenten mehr zahlen. Ob dadurch die Produktionskosten mancher Industrien so erhöht werden, daß sie stillgelegt werden müssen, und ob das verteuerte Feuerungsmaterial die Lebenslage vieler unbemittelter Familien verschlechtert, kümmert die Bergwerksbesitzer nicht. Sie scheuen sich nicht, in der Zeit der allgemeinen Not ihrer Profitgier zu fröhnen, die Profitrate zu erhöhen.

In den oberschlesischen und in den niederschlesischen Gruben werden die schlechtesten Bergarbeiterlöhne bezahlt. Nach den Mitteilungen des statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich zählte die Gesamtbelegschaft der oberschlesischen Steinkohlenwerke im Jahre 1913 insgesamt 121.617 Arbeitspersonen, und der reine Lohn für eine Arbeitsschicht betrug 3 Mark 63 Pfennig. In Niederschlesien, das eine Belegschaft von 27.864 Arbeitspersonen hatte, betrug der reine Lohn für eine Arbeitsschicht 3 Mark 43 Pfennig. Dagegen war der reine Lohn für eine Arbeitsschicht in den Revieren von Dortmund 5 Mark 18 Pfennig bis 5 Mark 42 Pfennig, in den Saarbrücker Staatswerken 4 Mark 43 Pfennig, in den linken Niederrheinrevieren 5 Mark 60 Pfennig, kurz, in ganz Deutschland sind die Löhne der Kohlenarbeiter höher als in den oberschlesischen Revieren. Dazu ist die Schichtdauer in Schlesien um eine, teilweise sogar um anderthalb Stunden länger als in den anderen Bergwerksrevieren. Wir haben bereits im Oktober, als in der Wiener interministeriellen Kommission die mangelnde Kohlenzufuhr auf den Widerstand der Arbeiter gegen Ueberschichten zurückzuführen versucht wurde, unter anderem auch über die Verhältnisse in dem oberschlesischen Bergbau Erhebungen gepflogen und es wurde uns von dort folgendes berichtet:

Die oberschlesischen Bergarbeiter, die zum geringsten Teil in der Organisation stehen, sind viel zu schwach, um einer Aufforderung, Ueberstunden zu machen, Widerstand leisten zu können. Es sind zumeist Arbeiter, die der polnischen Nation angehören, in den oberschlesischen Gruben bei zehnstündiger Schicht beschäftigt. Durchgebildete deutsche Bergarbeiter halten es in diesen Gruben, wo die Schichtdauer länger, der Schichtlohn niedriger als in anderen Revieren ist, nicht lange aus. Gegenwärtig werden in Oberschlesien viele Ueberstunden verfahren, da, nachdem in zwei Arbeitsschichten zu zehn Stunden gearbeitet wird, immerhin innerhalb vierundzwanzig Stunden noch vier Stunden zur Arbeit verfügbar sind. Die Kohlenförderung wurde im August und September durch den Wagonmangel sehr beengt. Starke Truppentransporte durch Oberschlesien nach Rußisch-Polen nahmen die Bahn sehr in Anspruch. Ende September gab es Tage, an welchen jede halbe Stunde ein Militärzug durch Kattowitz ging. Die Gruben haben trotzdem große Kohlenvorräte aufgestapelt und darin scheint eine bestimmte Absicht zu liegen. Die Winterpreise, die um fünfzig Pfennig per Tonne höher sind als die Sommerpreise, sollen aller Wahrscheinlichkeit nach eine weitere Preissteigerung erfahren. Gewiß ist, daß trotz Wagenmangel mehr Kohle verladen werden könnte, als gegenwärtig verladen wird. Es ist absichtlich von den Grubenbesitzern alles darauf angelegt worden, eine künstliche Kohlenknappheit zu erzeugen, damit die Preissteigerung leichter durchzuführen ist.

Der Brief, der das meldet, wurde am 22. Oktober von Kattowitz an uns abgesendet. Die Prophezeiung, daß die oberschlesischen Grubenbesitzer die Preise in die Höhe treiben wollen, scheint sich nun erfüllen zu wollen. An dieser Preistreiberie tragen aber nicht die Arbeiter die Schuld, denn ihre Löhne sind nicht gestiegen, sondern eher herabgedrückt worden. Bloß die Profitgier der Bergwerksbesitzer, die auch durch das Unglück eines Krieges von solch riesigem Umfang nicht gezügelt wurde, ist schuld, wenn zu all den Heimsuchungen, denen die Bevölkerung gegenwärtig ausgesetzt ist, noch die Erhöhung der an sich schon hohen Kohlenpreise tritt. Wir haben der interministeriellen Kommission in Wien gezeigt, daß ihre Annahme falsch ist und trotz Ueberstundenarbeit und großer Kohlenvorräte die Kohlenpreise erhöht werden sollen. Diese Absicht der Grubenbesitzer ist weder durch den Arbeitermangel noch durch den Wagenmangel gerechtfertigt. Gestern wurde nun aus Berlin gemeldet, daß in der letzten Sitzung der Kohlenkonvention der Antrag auf Erhöhung der Kohlenpreise bereits gestellt, aber von den Gewerkschaften nicht beschlossen wurde, weil „gegen eine Erhöhung der Kohlenpreise unter den jetzigen Umständen gewichtige Bedenken sprechen“. Das glauben wir auch, daß eine Kohlenpreiserhöhung für die Kohlenwerksbesitzer jetzt bedenklich wäre; denn man könnte vielleicht nicht nur für Getreide, sondern auch für Kohle Höchstpreise festsetzen oder gar Bergwerke in staatlichen Betrieb nehmen, wenn die Kohlenwerksbesitzer einen solch unverschämten Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung und des Staates, der ja jetzt auch so viele Kohlen braucht, unternehmen wollten. Auch von den Kohlenbaronen braucht man sich nicht alles bieten zu lassen.